

Kurzbericht

Kultusausschuss

(64. - öffentliche - Sitzung am 16. Januar 2026)

Tagesordnung:

1. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über eine vertrauliche mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zur [Drs. 19/9189](#)**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der AfD vom 9. Dezember 2025 zu und bittet die Landesregierung um Unterrichtung, sobald das laufende Verfahren abgeschlossen sei.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Nutzung mobiler digitaler Endgeräte an Schulen und zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7490](#)

- b) **Handys, Smartphones, Smartwatches - verlässliche Rahmen für die Mediennutzung für Schulen, Eltern, Kinder und Jugendliche erarbeiten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7211](#)

- c) **Medienkompetenz stärken - digitale Verantwortung im Schulalltag etablieren**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7493](#)

Der Ausschuss bittet den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung um eine Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Aspekten. Zudem beschließt er, den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung die Teilnahme an der geplanten Anhörung anheimzustellen und ihnen ein Rede- und Fragerecht gemäß § 94 Abs. 2 GO LT einzuräumen.

3. **Gleiche Chancen im digitalen Lernen: Kostenfreie Tablets für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9252](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung. Ferner bittet er darum, diese Unterrichtung in die in seiner 62. Sitzung am 28. November 2025 erbetene Unterrichtung auf Antrag der Fraktion der CDU vom 7. November 2025 (Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Umsetzungsstand bei der Bereitstellung von LeihTablets für alle Schülerinnen und Schüler) einzubeziehen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Bundeswehr in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6804](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -